



Update aus Berlin

September (II)

So, 25/09/11:00:

"Friedensmacht SPD" mit
Ost-Experte Dietmar Nietan



NEUES

aus dem Bundestag

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freundinnen und Freunde,

eine wichtige und in vielen Punkten wegweisende Woche im Bundestag liegt hinter uns. Wir haben Debatten geführt, die vielleicht noch nicht den direkten Weg, aber einen ersten Routenvorschlag aus den Krisen weisen. Ich selbst habe beispielsweise im Plenum zum Umgang mit Energiekonzernen, die von der Krise profitieren, gesprochen. Den Link und eine kurze Zusammenfassung meiner Rede findet Ihr auf Seite 5. Weiteres wichtiges Thema im Parlament war das Inflationsausgleichsgesetz: Sperriger Begriff, dringendes Vorhaben: Wir wollen die Bürgerinnen und Bürger entlasten. Wie auch mit weiteren Neuigkeiten zum Entlastungspaket, Informationen dazu findet Ihr direkt auf Seite 2. Während diese und weitere Maßnahmen den Weg zur Krisenbewältigung weisen, wählt die CDU/CSU weiterhin den Weg der Konfrontation, statt inhaltlich produktive Oppositionsarbeit zu leisten. Bereits mehrere Wochen alt ist die Debatte um das Bundesprogramm Sprach-Kitas. Jetzt hat die CDU einen entsprechend heuchlerischen Antrag in den Bundestag eingebracht. Was die SPD dem entgegen zu setzen hat, könnt Ihr auf Seite 3 nachlesen.

Der aktuellen Sitzungswoche nicht beiwohnen konnte dieses Mal unser Bundeskanzler Olaf Scholz. Er nahm das erste Mal an der Vollversammlung der Vereinten Nationen in New York teil und kritisierte dabei in einer beeindruckenden Rede die jüngsten Entscheidungen Putins scharf. Auch in Putins eigener Bevölkerung wächst nach Ankündigung der Teilmobilmachung der Protest und die Angst: Zahlreiche Russen haben fluchtartig das Land verlassen. Es zeigt sich dabei wieder: Über die Lage in der Ukraine muss weiter gesprochen und aufgeklärt werden. Deshalb freue ich mich besonders, dass wir an diesem Sonntag den Ostpolitik-Experten Dietmar Nietan, Koordinator der deutsch-polnischen Beziehungen der Bundesregierung, bei uns im Wahlkreis begrüßen dürfen: Ab 11 Uhr startet in der Druckerei Erdnuss in Sendenhorst der spannende Austausch - seid Ihr dabei?

Bis dahin wünsche ich Euch erstmal ein schönes Wochenende und viel Spaß beim Lesen!

Euer



Inhalt

Neuigkeiten aus dem Entlastungspaket. >>> Resolution Altschulden. >>> Zur Debatte um das Bundesprogramm "Sprach-Kitas". >>> Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer. >>> Meine Rede zur Abschöpfung von Übergewinnen. >>> Debatte zum Inflationsausgleichsgesetz. >>> AG Kommunale Wärmeplanung. >>> SGK-Konferenz in Leipzig. >>> Termine der Woche. >>> Was sonst noch passiert ist >>> Nachruf für Rainer Keller



Entlastungspaket im Verbrauchsteuergesetz

Bei den Beratungen des Achten Gesetzes zur Änderung von Verbrauchsteuergesetzen haben die Koalitionsfraktionen steuerliche Entlastungen für die Wirtschaft auf den Weg gebracht. Um den gastronomischen Betrieben über die Krise hinwegzuhelfen, wird der ermäßigte Umsatzsteuersatz von 7 Prozent für Restaurant- und Verpflegungsdienstleistungen mit Ausnahme der Abgabe von Getränken bis zum 31. Dezember 2023 verlängert. Dies erleichtert der Gastronomie die Fortführung ihrer Betriebe nach den Beschränkungen der Corona-Krise. Um kleine und mittelständische Brauereibetriebe zu unterstützen, wird die befristet eingeführte Biersteuermengenstaffel dauerhaft beibehalten. Dadurch gelten für mittelständige Brauereien ermäßigte Biersteuersätze. Von der Maßnahme profitieren etwa 1.460 Brauereien. Das den Ländern zustehende Biersteueraufkommen reduziert sich dadurch voraussichtlich um circa 6,9 Mio. Euro pro Jahr.

Resolution Altschulden: Kommunale Altschuldenregelung jetzt!

Die Mitglieder der NRW-Landesgruppe der SPD-Bundestagsfraktion haben diese Woche eine Resolution beschlossen, mit der wir eine zügige Entlastung der betroffenen Kommunen von den Altschulden fordern. Die Problematik ist hinlänglich bekannt – jetzt geht es darum, endlich eine Lösung zu finden. Wir, die SPD-Abgeordneten aus NRW, bekennen uns zum Koalitionsvertrag der Ampel-Koalition und fordern eine zügige Umsetzung der darin vereinbarten Lösung der Altschuldenproblematik. Wir erkennen an, dass die Bundesregierung zu ihrer Verantwortung steht. Gefordert sind nun die CDU-geführte Landesregierung in NRW, endlich einen eigenen Beitrag zur Entschuldung zu präsentieren, sowie die Union im Bund, ihre Blockadehaltung im Bundestag und Bundestrat gegen einen einmaligen Beitrag des Bundes zur Entschuldung der betroffenen Kommunen aufzugeben. Die Resolution, an der ich maßgeblich beteiligt war, [findet ihr hier](#).



Zur Debatte um das Bundesprogramm "Sprach-Kitas"



"Sprache ist der Schlüssel zur Welt" und damit das Fundament für Teilhabe und gerechte Bildungschancen für alle Kinder. Diesen Titel trägt auch der heuchlerische Antrag, den die CDU-CSU-Fraktion am Mittwoch ins Plenum eingebracht hat. Das Thema beschäftigte uns bereits im Kreis Warendorf und ist jetzt erwartungsgemäß auch im Bundestag angekommen - als gefundenes Fressen für die Opposition. Dabei ist es die CDU/CSU selbst, darauf wies SPD-Kollege Sönke Rix korrekt hin, die üblicherweise viel Wert darauf legt, dass Bundesprogramme befristet eingesetzt werden.

Obwohl die Zuständigkeit im Bereich der Kindertagesbetreuung und der frühkindlichen Bildung bei den Ländern liegt, unterstützt der Bund seit vielen Jahren beim quantitativen und qualitativen Ausbau der Kindertagesbetreuung – so auch in diesem Fall, mit dem zeitlich befristeten Förderprogramm für Sprach-Kitas. Das Programm läuft weder überraschend, noch unvorbereitet aus. Zudem stehen den Ländern dank der Unterstützung des Bundes alle Mittel zur Verfügung, um das Programm nun in die eigene Verantwortung zu übernehmen.

Die SPD hat sich in den Koalitionsverhandlungen dafür eingesetzt, dass der Bereich der frühkindlichen Bildung weiter gestärkt wird. Dementsprechend wird der Bund die Länder auch in den kommenden Jahren dabei unterstützen, die Qualität in der Kindertagesbetreuung weiter zu verbessern: Unter anderem mit dem geplanten KiTa-Qualitätsgesetz.

Dem Entwurf zufolge wird der Bund in den Jahren 2023 und 2024 insgesamt rund vier Milliarden Euro bereitstellen. Die Länder entscheiden selbst, in welchen Bereichen (zum Beispiel Fachkräftegewinnung, sprachliche Bildung, Fachkraft-Kind-Schlüssel) sie besonderen Handlungsbedarf sehen und investieren wollen. Es kommt also erneut eine Bundesförderung für einen Bereich, der in der Zuständigkeit der Länder liegt. Die Bundesländer werden nicht allein gelassen!

Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer

Das Bundeskabinett hat am 1. Juli 2022 den Entwurf des Bundeshaushalts 2023 und den Finanzplan bis 2026 beschlossen, im Anschluss daran diese auch dem Bundestag zugeleitet. Die erste Lesung des Haushaltsentwurfes ist für die erste Sitzungswoche im September (5. bis 9. September 2022) vorgesehen. Im Vergleich zum Vorjahr sieht der Regierungsentwurf zum Haushalt 2023 in vielen Bereichen Einsparungen vor.



Dies gilt auch für staatliche Ausgaben im Bereich der Integration und Migration und ganz spezifisch für die Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer (MBE), die dem Einzelplan 06 des Bundesinnenministeriums zugehörig sind. Grund dafür ist neben den auslaufenden Corona-Konjunkturprogrammen die Vereinbarung in der Bundesregierung, die Schuldenbremse ab 2023 einhalten zu müssen.

Wir wissen um die wichtige Leistung der MBE, zugewanderte Menschen bei ihrer sprachlichen, beruflichen und sozialen Integration zu unterstützen. Die SPD hat sich deshalb in den vergangenen Jahren intensiv und erfolgreich für eine Stärkung der MBE eingesetzt. So konnten wir in den zwei zurückliegenden Koalitionen mit der CDU/CSU gegen viel Widerstand erreichen, dass sich die entsprechenden Haushaltsansätze seit 2014 fast verdreifacht haben (von 26,3 Mio. € auf 74 Mio. € in 2022). Zuletzt haben wir in den Haushaltsberatungen 2022 8 Mio. € zusätzlich für die MBE mobilisieren können und dem Innenministerium weiterhin aufgetragen, die Träger der MBE von bürokratischen Vorgaben zu entlasten. Angesichts der Aussage von Bundesfinanzminister Christian Lindner, die Schuldenbremse trotz der aktuellen Krisen nicht erneut auszusetzen, werden die Erhöhungen der vergangenen Jahre nicht länger fortgeschrieben. In diesem Fall macht es sich unser Bundesfinanzminister zugegebenermaßen sehr einfach, indem er nüchtern feststellt, dass eine Auflockerung der Schuldenbremse eine 2/3-Mehrheit im Bundestag benötigt, die de facto (und ohnehin im Interesse der FDP) nicht besteht. Der Haushaltsansatz für die MBE wird auch deshalb auf den geltenden Finanzplan abgesenkt. Dies resultiert in einem Haushaltsansatz von nun rund 57,5 Mio. €.

Zusammen mit meinen zuständigen SPD-Kolleginnen und Kollegen im Bundestag teile ich die mir oft vorgetragene Sorge über diese Mittelkürzung. Wie auch in den vergangenen Jahren werden sich die BerichterstellerInnen der SPD-Bundestagsfraktion deshalb im Innen- und im Haushaltsausschuss intensiv mit der ausreichenden Finanzierung der MBE auseinandersetzen, Verbesserungsmöglichkeiten prüfen und in die Beratungen mit den Koalitionspartnern einbringen. Angesichts des großen Handlungsbedarfs bei kaum noch vorhandenen finanziellen Spielräumen im Etat des Bundesinnenministeriums eine erhebliche Herausforderung.

Meine Rede zur Abschöpfung von Übergewinnen:

Zufallsgewinne von Krisenprofiteuren abschöpfen - nicht "ob", sondern "wie"!

Bereits im Mai haben die Linken mit ihrem Antrag "Außerordentliche Krisengewinne von Energiekonzernen abschöpfen" gefordert, Zufallsgewinne von Krisenprofiteuren mithilfe einer Übergewinnsteuer abzuschöpfen. Das dabei angesprochene italienische Beispiel ist jedoch bisher nicht von Erfolg gekrönt. Die Abschöpfung von Übergewinnen muss rechtsicher und praktikabel ausgestaltet werden. Über die Notwendigkeit müssen wir nicht mehr reden, die Abschöpfung von Zufallsgewinnen ist unabdingbar.



Statt die selbstheilenden Kräfte des Marktes zu beschwören, müssen wir feststellen: Wir haben es hier mit einem Marktversagen zu tun. Der Strommarkt, so wie er in der EU konzipiert ist, ist dysfunktional.

Für viele ihrer Kraftwerke haben Energieunternehmen weitgehend gleichbleibende Produktionskosten. Trotzdem erhalten sie aufgrund des Strommarktdesigns für ihren günstig produzierten Strom den aktuell sehr hohen Marktpreis. Die hohen Gaspreise treiben auch die Strompreise. Denn im europäischen Strommarktdesign („Merit Order“) bestimmt das teuerste für die aktuelle Stromerzeugung benötigte Kraftwerk den Preis für Strom – das sind aktuell Gaskraftwerke.

Auf der einen Seite werden leistungslose Zufallsgewinne erzielt. Gleichzeitig müssen Verbraucher ein Vielfaches an Energiekosten zahlen. Es ist unsere Pflicht, in dieser dramatischen Situation für einen gerechten Lastenausgleich zu sorgen.

Die EU-Kommission hat bereits umfangreiche Vorschläge zur Abschöpfung von Zufallsgewinnen gemacht, die rund 140 Mrd. Mehreinnahmen für die Mitgliedsstaaten bringen sollen. Die Bundesregierung unterstützt diese Maßnahmen und wird sich für ihre zügige Umsetzung einsetzen. Die finanziellen Spielräume sollen für die Entlastung der Bürgerinnen und Bürger genutzt werden.

Wir haben den Antrag der Linken abgelehnt und unterstützen eine europäische Initiative. Die Kommission hat ihren Vorschlag vorgelegt, nun geht es an die Umsetzung.

Hier könnt Ihr die Rede nochmal ansehen und -hören.

Debatte zum Inflationsausgleichsgesetz

Unter dem sperrigen Titel „Gesetz zum Ausgleich der Inflation durch einen fairen Einkommensteuertarif sowie zur Anpassung weiterer steuerlicher Regelungen“ haben wir diese Woche im Bundestag ein wichtiges Vorhaben beraten. Es geht dabei darum, den anhaltenden Preissteigerungen etwas entgegenzusetzen, um die mit der kalten Progression verbundenen schleichenden Steuererhöhungen zu dämpfen. Kern des Gesetzes ist, dass die entsprechenden Belastungen der Bürger:innen abgefedert werden sollen.

Der Entwurf sieht vor, die Effekte der kalten Progression durch die Anpassung des Einkommensteuertarifs für 2023 und 2024 auszugleichen. Außerdem werden Familien steuerlich gezielt unterstützt, etwa durch die Anhebung des Grundfreibetrags und des Kinderfreibetrags sowie durch eine Erhöhung des Kindergeldes für das erste, zweite und dritte Kind auf einheitlich 237 Euro pro Monat. Das Entlastungsvolumen beläuft sich in 2023 auf insgesamt mehr als 12 Milliarden Euro und steigt 2024 auf 18 Milliarden Euro an. Die Entlastungen sollen ab dem 1. Januar 2023 wirken. Für den vorliegenden Entwurf des Inflationsausgleichsgesetzes wurden dabei die bereits jetzt vorliegenden Daten als Berechnungsgrundlage verwendet. Die genauen Werte werden sich erst später anhand der Berichte zum Existenzminimum und zur Steuerprogression ergeben, die im Oktober vorgelegt werden. Etwaige Anpassungen am Gesetzentwurf müssten dann im weiteren parlamentarischen Verfahren erfolgen.



AG Kommunalpolitik

Am Mittwoch haben wir in der AG Kommunalpolitik über die Auswirkungen der aktuellen Energiekrise und neue Perspektiven für den kommunalen Klimaschutz diskutiert. Hauptreferentin war Dr. Christine Wilcken, Beigeordnete des Deutschen Städtetages für Klima, Umwelt, Wirtschaft.

Der völkerrechtswidrige Angriff Russlands auf die Ukraine hat die Energiepreise explodieren lassen. Mit den aktuellen Preisen geraten die Stadtwerke zunehmend in eine existenzielle Zwickmühle, aus der sie sich nicht selber befreien können. Als kommunalpolitischer Sprecher setze ich mich für einen Rettungsschirm für unsere Stadtwerke ein. Denn sie sind Teil der kommunalen Daseinsvorsorge in Deutschland. Dabei steht nicht der wirtschaftliche Gewinn im Mittelpunkt, sondern die Bürgerinnen und Bürger.



Da die Stadtwerke dem Gemeinwohl verpflichtet sind, müssen sie auch in der aktuellen Energiekrise weiterhin Energie beschaffen und können ihre Lieferverpflichtungen gegenüber ihren Kunden nicht einfach einstellen. Die Preise müssen erhöht werden, was zu Zahlungsausfällen bei den Kunden und Liquiditätsengpässen bei den Stadtwerken führen wird. Erste Städte mussten ihre Versorger stützen: Leipzig hat seinem kommunalen Versorger einen vorübergehenden Kreditrahmen von bis zu 400 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Liquiditätshilfen der Städte werden jedoch nur bis zu einem bestimmten Punkt möglich sein. Deswegen ist der Bund in der Pflicht, den Kommunen und den Stadtwerken zur Hilfe zu kommen. Das habe ich in der SPD-Bundestagsfraktion thematisiert, weil die vorhandenen Hilfsangebote zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht auf die Kommunen und Stadtwerke ausgerichtet sind – jedenfalls nicht hinreichend genug.

SGK-Koferenz Leipzig

Gestern habe ich auf Einladung der Bundes-SGK an der Fachkonferenz „zukunft. kommunal. konkret“ in Leipzig teilgenommen. Bei dem Fachforum „Bezahlbares Wohnen in ausufernden Immobilienmärkten“ standen aktuelle Herausforderungen des Wohnungsbaus im Vordergrund. Dazu gehörten die Auswirkungen der galoppierenden Energiepreise auf Wohnkosten, Gefahren von zunehmender Obdachlosigkeit, nachhaltige Baulandmobilisierung sowie Bodenpolitik und vieles mehr.

Unter Olaf Scholz war in Hamburg 2011 ein "Bündnis für das Wohnen" mit Wohnungswirtschaft und Mietervereinen aufgelegt worden, in dessen Rahmen seither ein von allen Seiten ziemlich positiv bewertetes Bauprogramm läuft. Am 12. Oktober stellt das auf Bundesebene gebildete „Bündnis bezahlbarer Wohnraum“ seine Vorschläge zur dauerhaften Sicherung bezahlbaren Wohnens in Deutschland vor. Insbesondere in angespannten Wohnungsmärkten sind Menschen von Wohnkosten überfordert und müssen teilweise unfreiwillig umziehen oder wohnen gezwungenermaßen in Wohnungen, die ihren Bedürfnissen nicht entsprechen. Die Folgen des völkerrechtswidrigen Angriffskriegs Putins gegen die Ukraine stellt den Wohnungsbau vor noch größere Herausforderungen. Die Bündnis-Mitglieder haben vereinbart, ihre Kräfte zu bündeln und ihren eigenen Beitrag in ihrem jeweiligen Verantwortungsbereich verbindlich zu leisten, damit es gelingt, 400.000 neue bedarfsgerechte und klimafreundliche Wohnungen pro Jahr, davon 100.000 öffentlich geförderte Wohnungen zu schaffen. Ich habe betont, dass wir nur gemeinsam unser ehrgeiziges Ziel erreichen können. Denn der Bedarf an bezahlbarem Wohnraum in Deutschland ist enorm.

BUNDES

SGK

Sozialdemokratische Gemeinschaft für Kommunalpolitik
in der Bundesrepublik Deutschland e.V.

Termine der Woche



Letzte Woche war ich auf dem Podium des **15. Bundeskongresses Nationale Stadtentwicklungspolitik**. Dabei ging es um die Wohnungsbauoffensive des Bundes, Baukostensteigerungen, Vorkaufsrecht der Kommunen, Neubaubedarf, Mietrecht und klimapolitische Ziele im Gebäude.

Die Bundesregierung hat die Wohnungspolitik als zentrale Aufgabe definiert. Bis 2026 stellt der Bund 14,5 Milliarden Euro für den sozialen Wohnungsbau. Auch wenn es nicht möglich ist, den Mangel an bezahlbarem Wohnraum in Deutschland von heute auf morgen zu beseitigen, ist seitens des Bundes die Entschlossenheit da, dafür Geld zur Verfügung zu stellen – in einem Umfang wie es in den letzten 20 Jahren nicht der Fall gewesen ist.

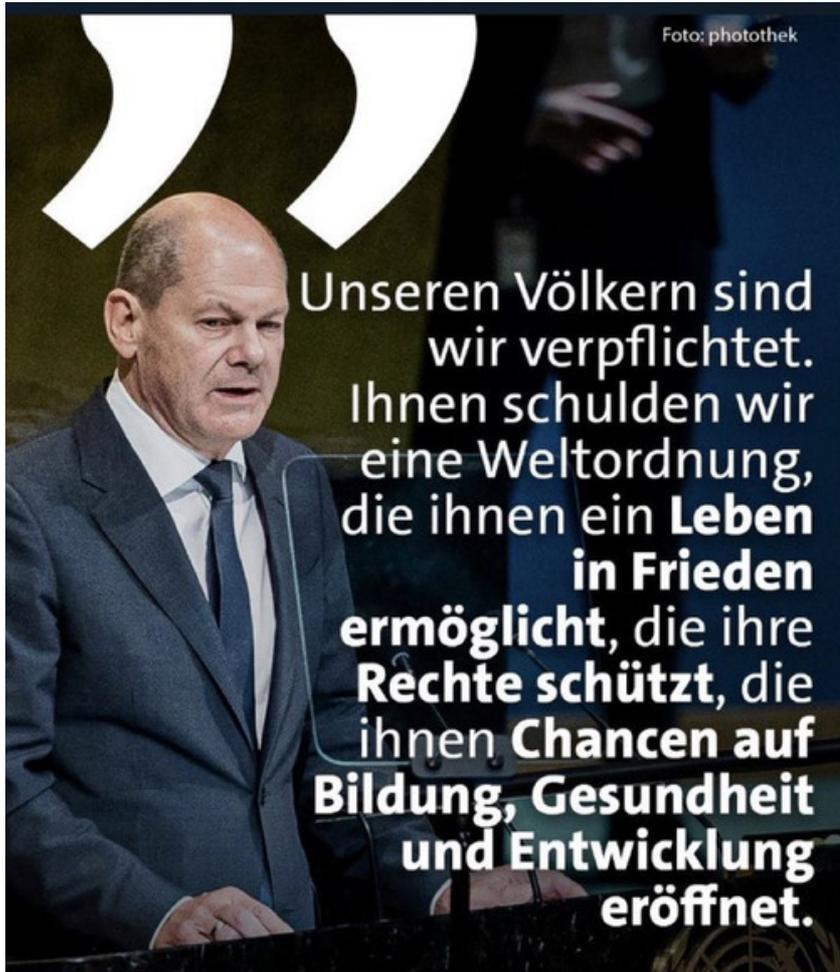
Besuch des Österreichischen Gemeindebundes im Bundestag

Am vergangenen Freitag habe ich eine Delegation des Österreichischen Gemeindebundes im Bundestag empfangen.

Nach einer Führung durch die Häuser des Parlaments haben wir in einem gemeinsamen Gespräch über die derzeit wichtigsten Themen für die Kommunen in Deutschland und Österreich diskutiert. Wenig überraschend stellen die aktuellen Energiepreise auch für die österreichischen Kommunen die größte Herausforderung dar.



Was sonst noch passiert ist



"We, the peoples..."

Kanzler Scholz hält eine beeindruckende erste Rede vor der Vollversammlung der Vereinten Nationen in New York. Eines der wichtigsten Themen auf der Tagesordnung: Die Bekämpfung des Welthungers. Aber natürlich auch der russische Angriffskrieg in der Ukraine. Scholz' Einschätzung zu Putins jüngst erfolgter Teilnobilisierung: "Ein Akt der Verzweiflung. Putin kann den Krieg nicht gewinnen, er hat die Lage unterschätzt." Währenddessen werden die Proteste in Russland lauter, zahlreiche Menschen verlassen das Land.



Hoher Besuch im Wahlkreis

Unsere Bundestagspräsidentin und damit zweithöchste Repräsentantin der Bundesrepublik, Bärbel Bas war zu Gast in Sendenhorst! Anlässlich des 100-jährigen Jubiläums meines Ortsvereins ist sie unserer Einladung ins Haus Siekmann gefolgt um Ihre und Eure Fragen zu beantworten!

Bild: Florian Götting

Nachruf für Rainer Keller



Ich bin bestürzt und fassungslos über den plötzlichen Tod von Rainer Keller. Sein Leben und seine Arbeit als Rettungsassistent stellte er in den Dienst der Menschen. Das war seine Überzeugung. In diesen schweren Stunden wünsche ich vor allem seiner Familie viel Kraft und Mut!